

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. Mai 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten

A. Zielsetzung

Der Vertrag soll die Rechtsgrundlage für die im Interesse beider Staaten erforderliche gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen schaffen.

B. Lösung

Der Vertrag sieht eine Zusammenarbeit der beiden Zollverwaltungen insbesondere zur Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze der beiden Staaten vor.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (IV/4) — 653 05 — Zo 99/75

Bonn, den 20. Oktober 1975

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. Mai 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und finnischer Sprache und eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 424. Sitzung am 17. Oktober 1975 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzesentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. Mai 1975
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland
über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 16. Mai 1975 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 21 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 21 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland
über die gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten

Saksan Liittotasavallan ja Suomen Tasavallan välinen sopimus
keskinäisestä avunannosta tulliasioissa

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Finnland

in dem Bestreben, die genaue Erhebung der Zölle und sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben sowie die Einhaltung der Zollgesetze sicherzustellen,

in der Erwägung, daß Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze ihren wirtschaftlichen und kommerziellen Interessen schaden,

in der Überzeugung, daß die Durchführung der Zollgesetze und die Bekämpfung von Zollzuwiderhandlungen durch die Zusammenarbeit ihrer Zollverwaltungen erfolgreicher gestaltet werden können, und im Hinblick auf die Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens über gegenseitige Verwaltungshilfe vom 5. Dezember 1953, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) „Zollgesetze“ im Sinne dieses Vertrages sind die Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr, die sich auf Zölle oder alle sonstigen Abgaben oder Erstattungen oder auf Verbote, Beschränkungen und Kontrollen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs beziehen.

(2) „Zollverwaltungen“ im Sinne dieses Vertrages sind in der Bundesrepublik Deutschland die Bundeszollverwaltung und in der Republik Finnland die Zolldirektion und die ihr unterstellten Zollbehörden.

Artikel 2

Anwendungsbereich

(1) Die Vertragsstaaten kommen überein, sich gegenseitig nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages über ihre Zollverwaltungen Unterstützung zu leisten zur Sicherstellung der Erhebung der Zölle und sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben, der Einhaltung der Vorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie zur Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen ihre Zollgesetze.

(2) Unterstützung im Rahmen dieses Vertrages ist zu leisten

- a) in Ermittlungs-, Festsetzungs-, Rechtsbehelfs- und Rechtsmittelverfahren im Zusammenhang mit der Tarifierung, Bewertung und anderen für die Durchführung der Zollgesetze wesentlichen Merkmalen;
- b) in Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze, soweit im ersuchenden Staat die Zollverwaltung dafür zuständig ist;
- c) in Verfahren zur Vollstreckung von Forderungen in Durchführung der Zollgesetze.

Saksan Liittotasavalta
ja
Suomen Tasavalta

pyrkien varmistamaan tullien ja muiden tuonnin ja viennin yhteydessä määrättävien verojen tai maksujen säännösten mukaisen kannon sekä tullilakien noudattamisen,

katsoen, että tullilakien vastaiset teot vahingoittavat sopimusvaltioiden taloudellisia, verotaloudellisia ja kaupallisia etuja,

vakuuttuneina siitä, että tullilakien noudattamista ja tullilakien vastaisten tekojen vastustamista voidaan tullihallintojen välisellä yhteistyöllä tehostaa, ja ottaen huomioon tulliyhteistyöneuvoston joulukuun 5. päivänä 1953 antaman suosituksen keskinäisestä hallinnollisesta avunannosta, ovat sopineet seuraavaa:

1 artikla

Määritelmät

(1) „Tullilaeilla“ tarkoitetaan tässä sopimuksessa tavaroiden tuonnista, viennistä ja kauttakulusta annettuja lakeja ja muita säännöksiä, jotka koskevat tullevia, muita maksuja ja korvauksia tai kieltoja, rajoituksia ja tullivalvontaa kansainvälisessä tavaraliikenteessä.

(2) „Tulliviranomaisilla“ tarkoitetaan tässä sopimuksessa Saksan Liittotasavallan liittotullihallintoa ja Suomen Tasavallan tullihallitusta ja sen alaisia tulliviranomaisia.

2 artikla

Soveltamisala

(1) Sopimusvaltiot sopivat siitä, että ne antavat tämän sopimuksen määräysten mukaisesti tulliviranomaistensa välityksellä toisilleen apua varmistaa tullien ja muiden tuonnin ja viennin yhteydessä määrättävien verojen ja maksujen kantamisen ja tuonnista, viennistä ja kauttakulusta annettujen säännösten noudattamisen sekä ehkäistäkseen, selvittääkseen ja saattaakseen asianmukaisten seuraamusten alaiseksi tullilakiensa vastaiset teot.

(2) Apua annetaan tämän sopimuksen mukaisesti:

- a) tutkinta-, vahvistus-, oikaisu- ja muutoksenhakumenettelyssä, joka koskee tariffiointia, arvon määrittämistä tai muuta tullilakien soveltamisen kannalta tärkeää asiaa;
- b) tullilakien vastaisten tekojen käsittelyssä, mikäli tämä kuuluu pyynnön lähettäneessä sopimusvaltiossa tulliviranomaisten toimivaltaan;
- c) tullilakien nojalla suoritettavaksi määrättyjen tullien ja maksujen täytäntöönpanomenettelyssä.

(3) Unterstützung im Rahmen dieses Vertrages wird nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates gewährt.

Artikel 3 Listen von Waren

Die Zollverwaltungen der Vertragsstaaten tauschen Aufstellungen der Waren aus, von denen bekannt ist oder bei denen der Verdacht besteht, daß sie unter Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze ein- oder ausgeführt werden.

Artikel 4 Überwachung von Fahrzeugen, Waren und Personen

Die Zollverwaltung eines Vertragsstaates überwacht auf Ersuchen der Zollverwaltung des anderen Vertragsstaates, soweit ihr dies möglich ist, in ihrem Zuständigkeitsbereich besonders sorgfältig

- a) die Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, bei denen der Verdacht besteht, daß sie zu Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Vertragsstaates benutzt werden;
- b) den verdächtigen Verkehr bestimmter Waren, die die ersuchende Zollverwaltung als Gegenstand eines umfangreichen, mit ihm als Bestimmungsland betriebenen Schleichhandels bezeichnet;
- c) die Orte, an denen ungewöhnliche Warenlager eingerichtet werden, die vermuten lassen, daß diese Lager dem Zwecke eines Warenverkehrs dienen, der gegen die Zollgesetze des anderen Vertragsstaates verstößt;
- d) die Personen, von denen bekannt ist oder bei denen der Verdacht besteht, daß sie Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Vertragsstaates begehen.

Artikel 5 Erteilung von Bescheinigungen

Die Zollverwaltungen der Vertragsstaaten erteilen sich gegenseitig auf Ersuchen oder je nach Vereinbarung jede Bescheinigung, durch die bestätigt wird, daß bestimmte Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates ausgeführt werden, ordnungsgemäß in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt worden sind, und in der gegebenenfalls das Zollverfahren angegeben wird, zu dem die Waren abgefertigt wurden.

Artikel 6 Erteilung von Auskünften

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsstaaten erteilen sich gegenseitig auf Ersuchen — insbesondere durch Übersenden von Berichten, Niederschriften oder beglaubigten Kopien von Schriftstücken — alle ihnen zur Verfügung stehenden Auskünfte

- a) über Umstände, die geeignet sind, die genaue Erhebung der Zölle und sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben sowie die Einhaltung der Zollgesetze sicherzustellen,
- b) über festgestellte oder geplante Handlungen, die gegen die Zollgesetze des anderen Vertragsstaates verstoßen oder zu verstoßen scheinen.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsstaaten teilen einander auch unaufgefordert so schnell wie möglich alle Auskünfte hinsichtlich der Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze mit, an deren Bekämpfung ein besonders starkes allgemeines Interesse besteht. Dies gilt insbesondere für die Zollgesetze eines Vertragsstaates, die die Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung des Schmuggels und illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, mit Waffen, Munition und Explosivstoffen sowie mit hochsteuerbaren Waren wie Alkohol und Tabakwaren zum Ziele haben.

(3) Tämän sopimuksen mukaista apua annetaan sen sopimusvaltion lain mukaan, jolle pyyntö on osoitettu.

3 artikla Tavaraluettelot

Sopimusvaltioiden tulliviranomaiset toimittavat toisilleen luettelot niistä tavaroista, joita tiedetään tai epäillään tuotavan tai viettävän tullilakien vastaisesti.

4 artikla Ajoneuvojen, tavaroiden ja henkilöiden valvonta

Sopimusvaltion tulliviranomaiset valvovat toisen sopimusvaltion tulliviranomaisten pyynnöstä mahdollisuuksiansa mukaan toimivalta-alueellaan erikoisen tarkoin

- a) maa-, vesi- ja ilmakulkuneuvoja, joita epäillään käytettävän toisen sopimusvaltion tullilakien vastaisiin tekoihin;
- b) sellaisten tavaroiden kuljetusta, joita apua pyytävät tulliviranomaiset epäilevät tuotavan maahansa laajaa salakauppaa varten;
- c) paikkoja, joissa on epätavallisia tavaravarastoja, joita voidaan olettaa käytettävän toisen sopimusvaltion tullilakien vastaisen tavaraliikenteen varastona;
- d) henkilöitä, joiden tiedetään tai joiden epäillään toimivan toisen sopimusvaltion tullilakien vastaisesti.

5 artikla Todistusten antaminen

Sopimusvaltioiden tulliviranomaiset antavat pyynnöstä tai sopimuksesta toisilleen todistuksia, joilla vahvistetaan, että määrätty tavara, joka viedään toisen sopimusvaltion alueelta, on määräysten mukaisesti tuotu toisen sopimusvaltion alueille. Mikäli tavara tulliselvitetään, ilmoitetaan todistuksessa myös käytetty tulliselvitysmenettely.

6 artikla Tietojen antaminen

(1) Sopimusvaltioiden tulliviranomaiset antavat toisilleen pyynnöstä — etenkin lähettämällä selostuksia, pöytäkirjoja tai asiakirjojen oikeaksi todistettuja jäljennöksiä — kaikki käytettävissään olevat tiedot

- a) seikoista, jotka ovat omiaan varmistamaan tullien ja muiden tuonnin ja viennin yhteydessä määrättävien verojen ja maksujen säännösten mukaisen kantamisen sekä tullilakien noudattamisen,
- b) todetuista tai suunnitelluista teoista, jotka ovat tai saattavat olla toisen sopimusvaltion tullilakien vastaisia.

(2) Sopimusvaltioiden tulliviranomaiset toimittavat toisilleen pyytämättä niin pian kuin mahdollista kaikki tiedot, jotka koskevat sellaisia tullilakien vastaisia tekoja, joiden vastustaminen on yleisen edun kannalta erityisen tärkeää. Tämä tarkoittaa varsinkin sellaisia sopimusvaltion tullilakeja, jotka koskevat huumaus- ja psykooppisten aineiden, aseiden, ampuatarvikkeiden ja räjähdysaineiden samoin kuin korkeasti verotettavien tavaroiden kuten väkijuomien ja tupakkavalmisteiden salakuljetuksen ja laittoman kaupan ehkäisemistä, selvittämistä ja asianmukaisten seuraamusten alaiseksi saattamista.

(3) Die Zollverwaltungen der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen den Warenkatalog in Absatz 2 erweitern und auch bestimmen, bei welchen Personen, Fahrzeugen oder Warenmengen die un- aufgeforderten Auskünfte erteilt werden.

Artikel 7

Ermittlungen

(1) Auf Ersuchen der Zollverwaltung eines Vertragsstaates führt die Zollverwaltung des anderen Vertragsstaates in Verfahren nach Artikel 2 Absatz 2 Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen durch.

(2) Das Ergebnis der Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen wird der ersuchenden Zollverwaltung mitgeteilt.

Artikel 8

Pflicht zur Geheimhaltung

Anfragen, Auskünfte, Anzeigen und Gutachten sowie sonstige Mitteilungen, die nach diesem Vertrag einem Vertragsstaat zugehen, unterliegen der Geheimhaltungspflicht nach den gesetzlichen Vorschriften dieses Vertragsstaates.

Artikel 9

Ausnahmen von der Verpflichtung zur Unterstützung

(1) Ist die ersuchte Zollverwaltung der Ansicht, daß die Erledigung des Ersuchens geeignet ist, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung (ordre public) oder andere wesentliche Interessen des ersuchten Vertragsstaates zu beeinträchtigen, so kann sie die Unterstützung ganz oder teilweise verweigern oder von der Erfüllung bestimmter Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.

(2) Wird ein Ersuchen um Unterstützung gestellt und wäre die ersuchende Zollverwaltung im umgekehrten Falle nicht in der Lage, die begehrte Unterstützung zu leisten, so hat sie in dem Ersuchen darauf hinzuweisen. Der ersuchten Zollverwaltung steht es frei, einem derartigen Ersuchen zu entsprechen.

Artikel 10

Form und Inhalt der Unterstützungsersuchen

(1) Ersuchen sind schriftlich zu stellen. Die zu ihrer Durchführung erforderlichen Schriftstücke einschließlich etwaiger ihnen zugrunde liegender Verfügungen oder Entscheidungen der zuständigen Behörden sind in Urschrift, Austertigung, beglaubigter Ablichtung oder beglaubigter Abschrift beizufügen.

(2) Ersuchen nach Absatz 1 haben folgende Angaben zu enthalten:

- a) die Behörde, von der das Ersuchen ausgeht,
- b) die Art des Verfahrens,
- c) den Gegenstand und den Grund des Ersuchens,
- d) Namen und Anschrift der am Verfahren Beteiligten,
- e) eine kurze Sachverhaltsdarstellung mit rechtlicher Würdigung.

(3) In dringenden Fällen können Ersuchen zunächst auch mündlich oder fernmündlich gestellt werden. In einem solchen Fall bedarf es einer umgehenden Nachsendung des schriftlichen Ersuchens.

Artikel 11

Geschäftsweg und Zuständigkeit

(1) Der Schriftverkehr findet unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen statt. Die obersten Zollbehörden der Vertragsstaaten bestimmen die Einzelheiten.

(3) Sopimusvaltioiden tulliviranomaiset voivat yhteisestä sopimuksesta laajentaa 2 kappaleessa mainittua tavaraluetteloa sekä määrätä, minkälaisista henkilöistä, ajoneuvoista tai tavaramääristä pyytämättä annettavat tiedot toimitetaan.

7 artikla

Tutkinta

(1) Sopimusvaltion tulliviranomaiset hankkivat selvityksiä ja suorittavat tarkistuksia tai virallista tutkintaa toisen sopimusvaltion tulliviranomaisten pyynnöstä 2 artiklan 2 momentissa mainituissa menettelyissä.

(2) Tarkistusten, selvitysten tai tutkimusten tulokset ilmoitetaan tutkintaa pyytäneille tulliviranomaisille.

8 artikla

Salassapitovelvollisuus

Kyselyt, tiedot, ilmoitukset ja lausunnot sekä muut tiedotukset, jotka tämän sopimuksen mukaisesti saatetaan toisen sopimusvaltion tietoon, on käsiteltävä tämän sopimusvaltion salassapitovelvollisuutta koskevien lakien mukaisesti.

9 artikla

Poikkeukset avunantamisvelvollisuudesta

(1) Jos pyynnön saanut tulliviranomainen katsoo pyydetyn avun antamisen vaarantavan pyynnön saaneen sopimusvaltion riippumattomuutta, turvallisuutta, yleisiä oikeusperiaatteita (ordre public) tai muita tärkeitä etuja, se voi kieltäytyä antamasta pyydettyä apua joko kokonaan tai osaksi tai antaa sitä vain määrätyin ehdoin tai edellytyksin.

(2) Mikäli toimitetaan avunpyyntö, jossa pyydettyä apua ei sitä pyytävä tulliviranomainen voisi antaa, jos sille itselleen osoitettaisiin vastaavan sisältöinen pyyntö, on apua pyytävän tulliviranomaisen huomautettava tästä seikasta pyynnössään. Avunpyyntöön suostuminen on silloin pyynnön saaneen tulliviranomaisen vapaassa harkinnassa.

10 artikla

Avunpyynnön muoto ja sisältö

(1) Avunpyyntö on tehtävä kirjallisesti. Avun antamiseen tarvittavat asiakirjat samoin kuin mahdolliset asianomaisten viranomaisten määräykset tai päätökset tulee liittää mukaan alkuperäisenä, kaksoiskappaleena tai oikeaksi vahvistettuna valokopiona tai jäljennöksenä.

(2) Ensimmäisen kappaleen mukaisessa pyynnössä on esitettävä seuraavat tiedot:

- a) pyynnön lähettävä viranomainen,
- b) asian laatu,
- c) pyynnön kohde ja syy,
- d) asiaan osallisten nimet ja osoitteet,
- e) lyhyt asiaselostus oikeudellisin perusteluin.

(3) Kiireellisissä tapauksissa pyynnöt voidaan toimittaa ensin suullisesti tai puhelimitse. Tällaisessa tapauksessa pyyntö on välittömästi vahvistettava kirjallisesti.

11 artikla

Kirjeenvaihtotie ja toimivalta

(1) Kirjeenvaihto tapahtuu suoraan tulliviranomaisten kesken. Tarkempia määräyksiä siitä antavat sopimusvaltioiden ylimmät tulliviranomaiset.

(2) Ist eine ersuchte Zollbehörde für die Erledigung des Ersuchens nicht zuständig, so hat sie das Ersuchen an die zuständige Zollbehörde weiterzuleiten und davon die ersuchende Zollbehörde zu benachrichtigen.

Artikel 12

Erledigung der Ersuchen

(1) Bei der Erledigung der Ersuchen ist das Recht des ersuchten Vertragsstaates anzuwenden; die ersuchte Zollverwaltung hat die zur Durchführung der Ersuchen erforderlichen behördlichen oder gerichtlichen Maßnahmen herbeizuführen. Dem Antrag der ersuchenden Zollverwaltung, in bestimmter Weise zu verfahren oder die Anwesenheit ihres Vertreters bei der vorzunehmenden Handlung zu gestatten, kann stattgegeben werden, sofern das Recht des ersuchten Vertragsstaates dies nicht verbietet.

(2) Die ersuchende Zollverwaltung ist auf ihr Verlangen von der Zeit und dem Ort der auf das Ersuchen vorzunehmenden Handlung zu benachrichtigen.

(3) Soweit dem Ersuchen nicht voll entsprochen werden kann, ist die ersuchende Zollverwaltung hiervon unter Angabe der Gründe und der sonst bekanntgewordenen Umstände, die für die Weiterführung der Sache von Bedeutung sein könnten, unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 13

Akten und andere Gegenstände

(1) Die Übersendung von Akten und sonstigen Schriftstücken in Urschrift soll nur verlangt werden, wenn die Übersendung von Abschriften (Ablichtungen) nicht ausreicht.

(2) Übersandte Akten, Schriftstücke in Urschrift und andere Gegenstände sind der ersuchten Zollverwaltung sobald wie möglich zurückzugeben; daran bestehende Rechte des ersuchten Vertragsstaates oder Dritter bleiben unberührt.

Artikel 14

Kosten

Aufwendungen, die der ersuchten Zollverwaltung bei der Erledigung eines Ersuchens nach diesem Vertrag entstehen, werden nicht erstattet mit Ausnahme von Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige sowie für Dolmetscher und Übersetzer, die nicht im Staatsdienst stehen.

Artikel 15

Zustellungen

(1) Auf Ersuchen der Zollverwaltung eines Vertragsstaates stellt die Zollverwaltung des anderen Vertragsstaates den Betroffenen unter Beachtung der im ersuchten Staat geltenden Bestimmungen alle die Anwendung der Zollgesetze betreffenden Bescheide und Entscheidungen der Verwaltungsbehörden zu oder läßt sie durch die zuständigen Behörden zustellen.

(2) In einem Zustellungsersuchen ist abweichend von Artikel 10 Absatz 2 keine Sachverhaltsdarstellung erforderlich.

(3) Die Zustellung eines Schriftstückes wird durch eine mit der Angabe des Zustellungstages versehene Empfangsbestätigung des Empfängers oder durch eine Bescheinigung der ersuchten Behörde über die Form und die Zeit der Zustellung nachgewiesen.

(2) Milloin pyynnön saanut tulliviranomainen ei ole asiassa toimivaltainen, tulee tämän toimittava pyyntö edelleen toimivaltaiselle tulliviranomaiselle ja ilmoittaa siitä pyynnön esittäneelle tulliviranomaiselle.

12 artikla

Pyynnön käsittely

(1) Pynnön käsittelyssä sovelletaan pynnön saaneen sopimusvaltion lakia; pynnön saaneet tulliviranomaiset huolehtivat pynnön toteuttamiseen tarvittavista hallinnollisista ja oikeudellisista toimenpiteistä. Pynnön esittäneiden tulliviranomaisten esitykseen, että asiassa meneteltäisiin määrättyllä tavalla tai että niiden edustajan sallittaisiin olla läsnä esillä olevan asian käsittelystä, voidaan suostua, mikäli pynnön saaneen sopimusvaltion laki ei sitä kiellä.

(2) Pynnön esittäneille sopimusvaltioille on pyydettyäessä ilmoitettava pynnön johdosta tapahtuvan käsittelyn aika ja paikka.

(3) Mikäli pynnöä ei voida joltakin osalta täyttää, on pynnön esittäneelle sopimusvaltiolle ilmoitettava viipymättä tästä sekä mainittava samalla syy siihen ja muut tietoon tulleet asianhaarat, joilla voi olla merkitystä asian jatkokäsittelylle.

13 artikla

Asiakirjat ja muut esineet

(1) Asiakirjavihkojen ja muiden asiakirjojen lähettämistä alkuperäisinä tulee pyytää vain silloin, kun jäljennöksiä (valokopioiden) lähettäminen ei ole riittävä.

(2) Lähetetyt asiakirjavihkot, alkuperäiset asiakirjat sekä muut esineet on palautettava niin pian kuin mahdollista pynnön vastaanottaneelle viranomaiselle. Pynnön saaneen sopimusvaltion tai kolmannen henkilön oikeus näihin asiakirjoihin tai esineisiin pysyy muuttumattomana.

14 artikla

Kulut

Kustannuksia, jotka aiheutuvat pynnön vastaanottaneille tulliviranomaisille tämän sopimuksen mukaisen pynnön käsittelystä, ei korvata, lukuunottamatta todistajien ja asiantuntijoiden palkkioita sekä palkkioita sellaisille tulkeille ja kielenkääntäjille, jotka eivät ole valtion palveluksessa.

15 artikla

Tiedoksiannot

(1) sopimusvaltion tulliviranomaisten pynnöstä toisen sopimusvaltion tulliviranomaiset toimittavat tai toimittavat asianomaisen viranomaisen kautta tiedoksi oman valtionsa voimassa olevien määräysten mukaisesti asianosaisille tullilakeja soveltaen annetut hallintoviranomaisten päätökset ja määräykset.

(2) Tiedoksiantopyynnössä ei 10 artiklan 2 momentissa tarkoitettu asiaselostus ole tarpeen.

(3) Tiedoksianto osoitetaan tapahtuneeksi vastaanottajan antamalla päivätyllä vastaanottotodistuksella tai pynnön saaneen viranomaisen antamalla todistuksella, johon on merkitty tiedoksiantotapa ja aika.

Artikel 16**Vollstreckung**

(1) Auf Ersuchen der Zollverwaltung eines Vertragsstaates werden deren Forderungen in Durchführung der Zollgesetze von der Zollverwaltung oder der dafür zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates vollstreckt.

(2) Dem Ersuchen um Vollstreckung ist eine Ausfertigung des Exekutionstitels (Entscheidung, Rückstandsanzeige) sowie eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des ersuchenden Vertragsstaates beizufügen, daß die dem Ersuchen zugrunde liegende Entscheidung unanfechtbar und vollstreckbar ist.

(3) Exekutionstitel, die den Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen, sind von der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaates anzuerkennen und für vollstreckbar zu erklären. Artikel 9 bleibt unberührt.

(4) Die Vollstreckung wird in der Währung des ersuchten Vertragsstaates durchgeführt. Zu diesem Zweck hat die zuständige Behörde des ersuchten Vertragsstaates den zu vollstreckenden Geldbetrag in ihre Landeswährung umzurechnen. Für die Umrechnung maßgebend ist in der Bundesrepublik Deutschland der in Frankfurt am Main festgestellte amtliche Devisenkurs für telegrafische Auszahlung (Brief) und in der Republik Finnland der von der Finnischen Bank notierte Devisenkurs an dem Tage, an dem das Ersuchen bei der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaates eingegangen ist.

(5) Zuständige Behörde im Sinne der Absätze 2, 3 und 4 ist in der Bundesrepublik Deutschland die zuständige Oberfinanzdirektion, in der Republik Finnland die Zolldirektion.

(6) Die Exekutionstitel werden in gleicher Weise wie gleichartige Exekutionstitel des ersuchten Vertragsstaates vollstreckt.

(7) Über Einwendungen gegen die Maßnahmen nach den Absätzen 4 und 6 sowie gegen die Zulässigkeit oder die Art der Vollstreckung entscheiden die zuständigen Organe des ersuchten Vertragsstaates nach dessen Recht.

Artikel 17**Sicherungsmaßnahmen**

Auf Grund eines vollstreckbaren, jedoch nicht unanfechtbaren Exekutionstitels kann nur um Vornahme von Sicherungsmaßnahmen ersucht werden. Artikel 16 ist sinngemäß anzuwenden.

Artikel 18**Ratenzahlung und Stundung**

Bei Ersuchen um Vollstreckung entscheidet über die Gewährung von Ratenzahlung und Stundung die Behörde des ersuchten Vertragsstaates. Der ersuchenden Behörde ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Von der Entscheidung ist die ersuchende Behörde unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 19**Durchführung des Vertrages**

Die obersten Zollbehörden der Vertragsstaaten erlassen im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Anwendung dieses Vertrages erforderlichen Durchführungsbestimmungen im gegenseitigen Einvernehmen.

16 artikla**Täytäntöönpano**

(1) Sopimusvaltion tulliviranomaisten pyynnöstä pannaan sen tullilakien nojalla suoritettavaksi määrättyt tullit ja maksut toisen sopimusvaltion tulliviranomaisten tai toimivaltaisen täytäntöönpanoviranomaisen toimesta täytäntöön.

(2) Täytäntöönpanopyyntöön on liitettävä täytäntöönpanon perustava asiakirja (päätos, jäämälueetelo) sekä apua pyytävän sopimusvaltion asianomaisen viranomaisen todistus siitä, että pyynnön perusteena oleva ratkaisu on lainvoimainen ja täytäntöönpanokelpoinen.

(3) Täytäntöönpanokirjat, jotka vastaavat 2 kappaleen määräyksiä, on pyynnön saaneen sopimusvaltion asianomaisen viranomaisen tunnustettava päteviksi ja julistettava täytäntöönpanokelpoisiksi. Tämän artiklan määräykset eivät muuta 9 artiklan määräyksiä.

(4) Täytäntöönpano tapahtuu pyynnön vastaanottaneen sopimusvaltion valuutassa. Tämän vuoksi on pyynnön saaneen sopimusvaltion viranomaisen muunnettava perittävä rahamäärä oman maansa rahayksiköiksi. Muuntamisessa käytetään Saksan Liittotasavallassa Frankfurt am Mainissa virallisesti noteerattua sähkeitse suoritettavien maksujen (siirtojen) vaihtokurssia ja Suomen Tasavallassa Suomen Pankin noteeraamaa vaihtokurssia sinä päivänä, jolloin täytäntöönpanopyyntö saapui pyynnön saaneen sopimusvaltion asianomaiselle viranomaiselle.

(5) Edellä kappaleissa 2, 3 ja 4 mainittu asianomainen viranomainen on Saksan Liittotasavallassa asianomainen yliverohallitus ja Suomen Tasavallassa tullihallitus.

(6) Täytäntöönpano tapahtuu siten, kuin pyynnön saaneen sopimusvaltion vastaavien täytäntöönpanokirjojen täytäntöönpanosta on säädetty.

(7) Muistutukset 4 ja 6 kappaleen mukaisista toimenpiteistä samoin kuin täytäntöönpanon sallittavuudesta tai tavasta ratkaisevat pyynnön saaneen sopimusvaltion asianomaiset elimet maansa lainsäädännön mukaan.

17 artikla**Vakuustoimenpiteet**

Lainvoimaa vailla olevan täytäntöönpanokelpoisen päätöksen nojalla voidaan pyytää vain vakuustoimenpiteisiin ryhtymistä. Näihin tapauksiin sovelletaan 16 artiklan määräyksiä soveltuvin osin.

18 artikla**Osasuoritus ja maksujen lykkäys**

Osasuoritusmahdollisuuden ja maksulykkäyksen myöntämisestä täytäntöönpanoa toimeen pantaessa päättää pyynnön saaneen sopimusvaltion viranomainen. Ennen tällaisen päätöksen tekemistä on kuitenkin kuultava pyynnön lähettänyttä viranomaista. Päätöksestä on välittömästi annettava tieto pyynnön lähettäneelle viranomaiselle.

19 artikla**Sopimuksen soveltamismääräykset**

Sopimusvaltioiden ylimmät tulliviranomaiset antavat tämän sopimuksen soveltamisessa tarvittavat määräykset neuvoteltuaan keskenään.

Artikel 20**Berlin-Klausel**

Dieser Vertrag wird entsprechend dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Finnland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 21**Inkrafttreten und Kündigung**

(1) Dieser Vertrag tritt dreißig Tage nach dem Tage in Kraft, an dem die beiden Vertragsstaaten einander durch diplomatischen Notenwechsel davon unterrichtet haben, daß ihre verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrages erfüllt sind.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Er kann unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden; in diesem Fall tritt der Vertrag mit Ablauf dieses Kalenderjahres außer Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am 16. Mai 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher und finnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Saksan Liittotasavallan puolesta

Gehlhoff

Hans Hutter

Für die Republik Finnland

Suomen Tasavallan puolesta

Björn Alholm

20 artikla**Länsi — Berliini**

Tämä sopimus ulotetaan 3. päivänä syyskuuta 1971 telidyn neljän vallan sopimuksen mukaisesti, vahvistettuja menettelytapoja noudattaen koskemaan Länsi-Berliiniä, mikäli Saksan Liittotasavallan hallitus ei anna vastakkaista ilmoitusta Suomen hallitukselle kolmen kuukauden kuluessa sopimuksen voimaantulon jälkeen.

21 artikla**Voimaantulo ja irtisanominen**

(1) Tämä sopimus tulee voimaan kolmenkymmenen päivän kuluttua siitä päivästä, jolloin sopimuspuolet ovat noottienvaihdolla ilmoittaneet toisilleen, että tämän sopimuksen voimaantulon edellyttämät valtiosäännön mukaiset vaatimukset on täytetty.

(2) Tämä sopimus tehdään määräämättömäksi ajaksi. Se voidaan irtisanoa vähintään kuusi kuukautta ennen kalenterivuoden loppua, jolloin sopimus lakkaa olemasta voimassa mainitun kalenterivuoden päättyessä.

TEHTY Bonnissa 16. päivänä touko kuuta 1975 kahtena alkuperäisenä suomen- ja saksankielisenä kappaleena, jotka ovat yhtä todistusvoimaiset.

Denkschrift zum Vertrag**I. Allgemeines**

Die zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen der europäischen Staaten und der ständig steigende Warenaustausch machen eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Zollverwaltungen erforderlich. Sie ist in erster Linie darauf gerichtet, Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze „über die Grenzen hinweg“ wirksamer verhindern, ermitteln und verfolgen zu können. Die Zusammenarbeit dient nicht nur den fiskalischen Interessen, sondern zugleich den berechtigten Belangen der Wirtschaft und Landwirtschaft, weil illegale Ein- und Ausfuhren geeignet sind, den loyalen Wettbewerb zu beeinträchtigen.

Eine enge und wirksame Zusammenarbeit der Zollverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland ist besonders zur Bekämpfung des Schmuggels von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, von Waffen, Munition und Explosivstoffen sowie von hochsteuerbaren Waren geboten, an der beide Staaten zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Volksgesundheit sowie zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen ein besonderes Interesse haben.

Die Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens vom 5. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 1501), die sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Republik Finnland angenommen haben (vgl. Bundesgesetzbl. 1959 II S. 1503 und 1963 II S. 396), ist zwar auf weltweite Zusammenarbeit zugeschnitten, sieht aber nur beschränkte Möglichkeiten für die Unterstützung der Zollverwaltungen vor. Die Bundesrepublik Deutschland hat daher bereits mehrere vertragliche Vereinbarungen getroffen, um eine enge Zusammenarbeit der Zollverwaltungen zu ermöglichen:

- das Übereinkommen vom 7. September 1967 zwischen Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden über gegenseitige Unterstützung ihrer Zollverwaltungen (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 65), dem das Königreich Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland beigetreten sind,
- den Vertrag vom 27. November 1969 mit Spanien über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 92),
- den Vertrag vom 11. September 1970 mit Österreich über Rechts- und Amtshilfe in Zoll-, Verbrauchssteuer- und Monopolangelegenheiten (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 1001) und
- den Vertrag vom 18. Dezember 1972 mit Schweden über gegenseitige Unterstützung in Zollangelegenheiten (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1241).

Den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland liegen z. Z. ferner die Vertragsgesetze zu gleichartigen zweiseitigen Verträgen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Jugoslawien und Norwegen zur Zustimmung vor. Um

auch im Verhältnis zur Republik Finnland eine ausreichende Rechtsgrundlage für die im Interesse beider Staaten erforderliche gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen zu schaffen, war der Abschluß eines Vertrages erforderlich. Der Vertrag wurde am 16. Mai 1975 in Bonn unterzeichnet.

Bei den Vertragsverhandlungen bestand Einvernehmen darüber, daß sich der Vertrag im wesentlichen mit der Verwaltungshilfe befaßt. Vereinbarungen oder Abkommen über die Rechtshilfe in Straf- und Bußgeldsachen, die nicht bei der Zollverwaltung anhängig sind, bleiben von ihm unberührt.

II. Besonderes**Zu Artikel 1**

Absatz 1 definiert den Begriff „Zollgesetze“ im Sinne des Vertrages. „Zollgesetze“ sind danach alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr, die sich auf Zölle oder alle sonstigen Abgaben oder Erstattungen oder auf Verbote, Beschränkungen und Kontrollen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs beziehen. Zu diesen Rechts- und Verwaltungsvorschriften gehören auch die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über Abschöpfungen und Erstattungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren, für die gemeinsame Marktorganisationen oder Regelungen zur Ergänzung oder Sicherung solcher Marktorganisationen bestehen. Ferner gehören hierzu eine Vielzahl von Gesetzen, die Verbote und Beschränkungen für die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren enthalten, sowie die Vorschriften über strafrechtliche Verbringungsverbote und Verbringungsverbote aus Staatsschutzgründen.

Absatz 2 stellt fest, daß Zollverwaltungen im Sinne des Vertrages in der Bundesrepublik Deutschland die Bundeszollverwaltung und in der Republik Finnland die Zolldirektion und die ihr unterstellten Zollbehörden sind.

Zu Artikel 2

Der Anwendungsbereich des Vertrages wird in Artikel 2 bestimmt.

Nach Absatz 1 werden sich die Vertragsstaaten gegenseitig nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages über ihre Zollverwaltungen Unterstützung leisten. Die innerstaatliche Zuständigkeit der deutschen Zollverwaltung wird dadurch nicht erweitert.

In Absatz 2 sind die Verfahren aufgeführt, in denen im Rahmen dieses Vertrages Unterstützung zu leisten ist. Es sind dies Ermittlungs-, Festsetzungs-, Rechtsbehelfs- und Rechtsmittelverfahren im Zusammenhang mit der Tarifierung, Bewertung und anderen für die Durchführung der Zollgesetze wesentlichen Merkmalen, Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze, soweit die Zoll-

verwaltung dafür zuständig ist, sowie Verfahren zur Vollstreckung von Forderungen in Durchführung der Zollgesetze.

Absatz 3 stellt klar, daß Unterstützung im Rahmen des Vertrages nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates gewährt wird.

Zu den Artikeln 3 und 4

Beide Bestimmungen sehen vorbeugende Maßnahmen vor, um Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze zu verhindern. Die Zollverwaltungen tauschen Listen von Waren aus, die erfahrungsgemäß häufig geschmuggelt werden (Artikel 3). Sie lassen ferner auf Ersuchen durch die örtlichen Zollbehörden die in Artikel 4 näher bezeichneten Überwachungsmaßnahmen treffen, um einen Schmuggel in den anderen Vertragsstaat zu verhindern und um ggf. dessen Zollbehörden über geplante Schmuggelunternehmen zu benachrichtigen (vgl. auch Artikel 6 Abs. 2). Die Einschränkung in Artikel 4 „soweit ihr dies möglich ist“ bezieht sich sowohl auf die rechtliche als auch auf die tatsächliche Möglichkeit.

Zu Artikel 5

Bei der Ausfuhr von Waren werden häufig bestimmte Erstattungen oder Befreiungen gewährt (z. B. Erstattung von Eingangsabgaben, Befreiung von Verbrauchsteuern) oder Sicherheiten freigegeben. Zweifel, ob diese Waren tatsächlich in den anderen Vertragsstaat ausgeführt worden sind, können dadurch beseitigt werden, daß die andere Zollverwaltung die ordnungsgemäße Einfuhr auf Ersuchen bestätigt.

Zu Artikel 6

Um die genaue Erhebung von Zöllen und sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben sowie die Einhaltung der Zollgesetze sicherzustellen und um Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze erfolgreich ermitteln, verhindern und verfolgen zu können, teilen sich die Zollverwaltungen auf Ersuchen alle ihnen zur Verfügung stehenden Auskünfte mit (Absatz 1).

An der Bekämpfung des Schmuggels und des illegalen Handels mit bestimmten Waren (insbesondere Suchstoffe und psychotrope Stoffe, Waffen, Munition und Explosivstoffe, Alkohol, Tabakwaren und andere hochsteuerbare Waren) besteht ein besonders starkes allgemeines Interesse. Daher ist in Absatz 2 für diesen Bereich vorgesehen, daß sich die Zollverwaltungen der Vertragsstaaten bezüglich solcher Waren auch unaufgefordert alle Auskünfte über festgestellte oder geplante Handlungen mitteilen, die gegen die Zollgesetze des anderen Vertragsstaates verstoßen oder zu verstoßen scheinen und die für die Zollverwaltung des anderen Staates bei Durchführung seiner Aufgaben von Interesse sein könnten.

Damit die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen in den bedeutenden Fällen so wirksam wie möglich gestaltet werden kann, haben die Vertragsstaaten in Absatz 3 vereinbart, daß die Zoll-

verwaltungen den Warenkatalog des Absatzes 2 erweitern und die Einzelheiten für den unaufgeforderten Austausch von Auskünften bestimmen können.

Zu Artikel 7

Diese Bestimmung sieht vor, daß die Zollverwaltung eines Vertragsstaates auf Ersuchen der Zollverwaltung des anderen Vertragsstaates im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten alle einschlägigen Maßnahmen durchführt (vgl. auch Artikel 12), und zwar im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die im ersuchten Staat für Maßnahmen wegen gleichartiger, dort begangener Handlungen gelten.

Zu Artikel 8

Hier ist geregelt, daß die von einem Vertragsstaat übermittelten Anfragen, Auskünfte, Anzeigen, Gutachten und sonstigen Mitteilungen im anderen Vertragsstaat grundsätzlich dessen Geheimhaltungsvorschriften unterliegen. Damit werden z. B. die Bestimmungen über das Amtsgeheimnis, das Steuergeheimnis (§ 22 Reichsabgabenordnung) und das Außenwirtschaftsgeheimnis (§ 44 Außenwirtschaftsgesetz) für anwendbar erklärt.

Zu Artikel 9

Absatz 1 bestimmt, aus welchen Gründen und unter welchen Voraussetzungen eine Unterstützung ganz oder teilweise versagt werden kann.

Absatz 2 regelt auch für die Fälle die Möglichkeit einer Unterstützung, in denen es an der Gegenseitigkeit mangelt.

Zu Artikel 10

Ersuchen nach diesem Vertrag sind — wie in Absatz 1 ausgeführt — grundsätzlich schriftlich unter Beifügung der zu ihrer Durchführung erforderlichen Schriftstücke zu stellen. Für dringende Fälle sieht Absatz 3 jedoch vor, daß Ersuchen auch mündlich oder fernmündlich gestellt werden können. In diesen Fällen ist das schriftliche Ersuchen umgehend nachzusenden.

Damit sich die ersuchte Zollverwaltung vergewissern kann, ob ein Ersuchen in den Anwendungsbereich des Vertrages fällt, ist in Absatz 2 geregelt, welche Angaben ein Ersuchen zu enthalten hat.

Zu Artikel 11

Hier sind Geschäftsweg und Zuständigkeit geregelt. Der Schriftverkehr findet danach unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen (vgl. Artikel 1 Abs. 2) statt. Die obersten Zollbehörden der Vertragsstaaten bestimmen die Einzelheiten. Die Übermittlung von Ersuchen und die Übersendung von Erledigungstücken auf dem diplomatischen Weg werden dadurch nicht ausgeschlossen.

Nach Absatz 2 hat die ersuchte Zollbehörde das Ersuchen an die zuständige Zollbehörde weiterzuleiten und davon die ersuchende Zollbehörde zu unterrichten, wenn sie für die Erledigung eines Ersuchens nicht zuständig ist.

Zu Artikel 12

Nach Absatz 1 ist bei der Erledigung der Ersuchen das Recht des ersuchten Vertragsstaates anzuwenden. Dies schließt nicht aus, daß in besonderen Fällen bei Übersendung eines Ersuchens von diesem Grundsatz abweichende Wünsche vorgebracht werden. Einem solchen Wunsche des ersuchenden Vertragsstaates kann entsprochen werden, wenn die gewünschte Abweichung nicht dem Recht des ersuchten Vertragsstaates widerspricht. Die ersuchte Zollverwaltung hat alle zur Durchführung des Ersuchens erforderlichen behördlichen und gerichtlichen Maßnahmen herbeizuführen, die der Förderung eines Verfahrens im Sinne des Artikel 2 dienen können. Hierzu gehören u. a. auch die Maßnahmen zur Herbeiführung richterlicher Vernehmungen und Durchsuchungs- oder Beschlagnahmeanordnungen sowie von richterlichen Zwangsmaßnahmen gegen Zeugen und Sachverständige, die einer Vorladung nicht folgen. Außerdem zählt hierzu z. B. auch die Herbeiführung gerichtlicher Maßnahmen in Vollstreckungsverfahren, soweit für derartige Maßnahmen im ersuchten Vertragsstaat die Gerichte zuständig sind. Die Teilnahme von Vertretern der ersuchenden Zollverwaltung bei der Durchführung erbetener Unterstützungsmaßnahmen wird häufig sachdienlich sein, weil diese Bediensteten wegen ihrer besonderen Sachkenntnis zu einer schnelleren und umfassenderen Aufklärung des Sachverhalts beitragen können. Es ist daher vorgesehen, daß Vertreter der ersuchenden Zollverwaltung bei der Durchführung der erbetenen Unterstützungsmaßnahmen anwesend sein können, wenn dies nicht dem Recht des ersuchten Vertragsstaates widerspricht. Für diese Fälle sieht Absatz 2 daher vor, daß die ersuchende Zollverwaltung auf ihr Verlangen von Zeitpunkt und Ort der Durchführung der Maßnahmen unterrichtet wird. Die Vertreter der ersuchenden Zollverwaltung haben bei den Untersuchungshandlungen im anderen Vertragsstaat nur eine beratende Funktion und haben sich jeder selbständigen Amtshandlung zu enthalten; Ermittlungen und Überprüfungen werden ausschließlich von den Bediensteten des ersuchten Vertragsstaates durchgeführt.

Nach Absatz 3 ist die ersuchende Zollverwaltung unter Angabe der Gründe oder sonstigen Umstände zu benachrichtigen, wenn einem Ersuchen ganz oder teilweise nicht entsprochen werden kann. Als Hinderungsgründe werden in erster Linie tatsächliche Hindernisse in Betracht kommen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß auch rechtliche Hinderungsgründe der Erledigung eines Ersuchens entgegenstehen.

Zu Artikel 13

Hier ist geregelt, daß Akten und sonstige Schriftstücke nur ausnahmsweise in Urschrift übersandt werden sollen (Absatz 1). Absatz 2 enthält die Verpflichtung zur Rückgabe der Originale.

Zu Artikel 14

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird weitgehend auf Kostenerstattung zwischen den Ver-

tragstaaten verzichtet. Ausgenommen von dieser Regelung sind Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige sowie für Dolmetscher und Übersetzer, die nicht im Staatsdienst stehen.

Zu Artikel 15

Bescheide, Beschlüsse, Verfügungen und andere Schriftstücke der Zollbehörden werden zur Zeit in der Regel auf dem diplomatischen Weg im anderen Vertragsstaat zugestellt. Artikel 15 soll einen einfacheren Weg der Zustellung ermöglichen und erlaubt damit künftig auch insoweit einen unmittelbaren Geschäftsweg zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsstaaten.

Zu den Artikeln 16 bis 18

Soweit nach Artikel 2 Abs. 2 Buchstabe c) Unterstützung im Rahmen des Vertrages in Verfahren zur Vollstreckung von Forderungen in Durchführung der Zollgesetze vereinbart ist, sind die Einzelheiten für das Verfahren in den Artikeln 16 bis 18 festgelegt. Da Vollstreckungsmaßnahmen stark in die Rechtssphäre des Betroffenen eingreifen, ist zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens vorgesehen, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland die Oberfinanzdirektionen und in der Republik Finnland die Zolldirektion einschalten (Artikel 16 Absätze 2 und 5). Nach Artikel 16 Abs. 2 bescheinigt die zuständige Behörde des ersuchenden Vertragsstaates, daß die dem Vollstreckungsersuchen zugrunde liegende Entscheidung unanfechtbar und vollstreckbar geworden ist. Von der zuständigen Behörde des ersuchten Vertragsstaates ist der Exekutionstitel anzuerkennen und für vollstreckbar zu erklären. Die Forderung wird entsprechend Artikel 16 Abs. 4 in die Währung des ersuchten Vertragsstaates umgerechnet. Vollstreckt wird nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates (Artikel 16 Abs. 6). Werden Einwendungen gegen Vollstreckungsmaßnahmen im ersuchten Vertragsstaat erhoben, entscheiden hierüber die zuständigen Behörden oder Gerichte des ersuchten Vertragsstaates nach dessen Recht (Artikel 16 Abs. 7). Nach Artikel 17 können Sicherungsmaßnahmen getroffen werden, für die die Bestimmungen des Artikels 16 sinngemäß anzuwenden sind.

Die Gewährung von Ratenzahlung und Stundung ist in Artikel 18 geregelt.

Zu Artikel 19

Nach dieser Bestimmung erlassen die obersten Zollbehörden der Vertragsstaaten die Durchführungsbestimmungen im gegenseitigen Einvernehmen.

Zu Artikel 20

Der Vertrag soll auch im Land Berlin gelten; Artikel 20 enthält daher eine Klausel über die Einbeziehung des Landes Berlin.

Zu Artikel 21

Artikel 21 enthält die Schlußbestimmungen über Inkrafttreten und Kündigung des Vertrages.